

Gerhard KREBS: *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges*. 2 Bde. Hamburg: OAG 1984. 628, 345 S., DM 98,- (= Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Bd.91)

Gut zwanzig Jahre sind seit dem Erscheinen von Theo Sommers Dissertation *Deutschland und Japan zwischen den Mächten. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt* (Tübingen 1962) vergangen. Ihr Verdienst hatte vor allem darin bestanden, die damals zugänglichen, das deutsch-japanische Verhältnis in den dreißiger Jahren betreffenden deutschen Akten nahezu vollständig ausgewertet zu haben, weshalb ihr von seiten der Geschichtswissenschaft schon sehr bald der Rang eines Standardwerkes zuerkannt wurde. Dieser Tatbestand mag neben der Verlagerung des zeitgeschichtlichen Forschungsschwerpunktes der Japan-Historiographie in den sechziger und siebziger Jahren, insbesondere in den USA, auf die Beziehungen zwischen dem Kaiserreich Japan und den angelsächsischen Mächten einerseits und der Republik China andererseits das Ausbleiben weiterer größerer Untersuchungen in den letzten zwei Jahrzehnten über das Verhältnis zwischen Tōkyō und Berlin während der dreißiger und vierziger Jahre zwar erklären. Zu rechtfertigen ist damit ein derartiger Stillstand der Forschung auf diesem Gebiet jedoch nicht; dies um so weniger, als Sommers Arbeit trotz aller Verdienste erheblich an Aussagekraft dadurch einbüßte, daß ihr keinerlei japanischsprachige Quellen zugrunde gelegt worden waren und sie die Einseitigkeit der in die Untersuchung einbezogenen Prozeßakten des Internationalen Gerichtshofs für den Fernen Osten (1946–48) nicht wahrgenommen hatte.

Gerhard Krebs, ein jüngerer deutscher Historiker, hat diese Schwächen und Mängel der bisherigen Japan-Historiographie nicht nur klar erkannt, sondern in der von ihm nunmehr vorgelegten, beinahe tausendseitigen Dissertation in überzeugender Weise beseitigt. Schon allein aus diesem Grund kann ihr Wert für die Geschichtsschreibung, namentlich die deutsche, die unverständlicherweise bislang glaubte, bei der Darstellung der deutsch-japanischen Beziehungen Quellen in japanischer Sprache unberücksichtigt lassen zu können, nicht hoch genug angesetzt werden. Auch für die Japanologie ist diese Arbeit zweifellos von erheblichem Belang, wie im folgenden unter anderem zu verdeutlichen sein wird.

Zentraler Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit, der eine knappe, gleichwohl bündige Einführung in die Quellenlage, die Problematik der Quellen und die historiographischen Tendenzen in Japan wie im Westen vorausgeht, ist der langwierige Annäherungsprozeß zwischen dem Kaiserreich Japan und dem Deutschen Reich. Dieser Prozeß setzte nicht, wie des öfteren behauptet wurde, schlagartig mit der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten in Deutschland 1933, sondern erst, wie Krebs deutlich macht, im Spätherbst des Jahres 1935 ein. Er führte über den Antikominternpakt (November 1936) und den Dreimächtepakt (September 1940) schließlich nach der Eröffnung des Pazifischen Krieges durch Japan zum Deutsch-italienisch-japanischen Abkommen vom 11. Dezember 1941 über die gemeinsame Kriegführung, dem sog. „Nichtsonderfriedensvertrag“. Unter Ausschöpfung fast sämtlicher dazu veröffentlichter Dokumente in japanischer Sprache¹ und eines Teils bislang unveröffentlichter Quellen aus dem Archiv des

1 Lediglich das regierungsamtliche „Wöchentliche Bulletin“ (*Shūhō*; relevant hier Nr.1 (14. Okt. 1936) bis Nr.272 (24. Dez. 1941) scheint nicht berücksichtigt worden zu sein. Für die Fragen der geistigen Mobilisierung der Bevölkerung wie auch der Bewegungen für eine Einheitspartei und eine „Neue Struktur“ (*shin-taisei*) ebenfalls hilfreich wäre die Einbeziehung

japanischen Außenministeriums, welche mit einer Akribie sondergleichen den relevanten diplomatischen Akten Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande und Vereinigten Staaten gegenübergestellt wurden,² hat Krebs – mit offenkundigem Erfolg – als erster Historiker überhaupt das Wagnis unternommen, eine in sich geschlossene, umfassende Chronik dieses verwickelten Prozesses zu schreiben.

Eingehender Untersuchung und Analyse unterzieht Krebs in dieser Chronik die vielfältigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Machtgruppen bzw. -eliten des japanischen Kaiserreiches um die Formulierung und Durchsetzung der Außenpolitik, schwerpunktmäßig der Deutschlandpolitik. Dabei finden nicht nur die in den einzelnen Kabinetten unmittelbar und ständig präsenten Machtgruppen wie Armee, Marine und höhere Bürokratie des Außenministeriums ausgiebig Berücksichtigung, sondern ebenfalls die in den Kabinetten selbst mitunter nur schwach oder überhaupt nicht repräsentierten Machtgruppen wie militärisches Oberkommando, Hofbürokratie, Adel, höhere Ministerialbürokratie, Wirtschafts- und Finanzkreise, politische Parteien und nationalistische Gruppierungen. Indem Krebs dabei gleichzeitig Art und Weise der jeweiligen Entscheidungsfindung konkret aufzeigt, legt er in überzeugender Manier dar, wie zersplittert, weitgehend orientierungslos und reaktiv japanische Außen- und Militärpolitik in den Jahren 1935–41 letztlich waren. Dies zeigt sich besonders deutlich in den diversen außenpolitischen Entscheidungen dieser Jahre, die in aller Regel erst nach mühsam erzielttem Kompromiß im Inneren Kabinetts und, soweit militärische Belange betroffen waren, was seit dem Ausbruch des China-Konfliktes im Juli 1937 zwangsläufig sehr oft der Fall war, in Abstimmung mit dem General- und Admiralstab getroffen wurden.³

Nicht selten war ein solcher Beschluß nicht einmal das Papier wert, auf dem er festgehalten wurde. Denn der eine oder andere der an der Beschlußfassung Beteiligten fühlte sich bald nach getroffener Entscheidung schon nicht mehr an sie gebunden und intrigierte mehr oder weniger offen gegen sie. Als weit verhängnisvoller als ein derartiges Verhalten erwies sich jedoch Krebs zufolge in zweierlei Hinsicht die Tatsache, daß die Uneinigkeit in der politischen und militärischen Führung Japans häufig zu unklar formulierten Kompromißentscheidungen führte:

Erstens zwangen nämlich solche Entscheidungen die eigenen Diplomaten immer wieder zu eigenmächtigen Interpretationen oder lieferten ihnen einen willkommenen Vorwand, eine vom japanischen Außenministerium unabhängige oder gar gegen dessen explizite Interessen oder die der Marine gerichtete Diplomatie zu betreiben, wofür vor allem Ôshima Hiroshi und Shiratori Toshio Paradebeispiele darstellen. Die Folge davon war

folgender Dokumentensammlung gewesen: ISHIKAWA Junkichi (Hrsg.): *Kokka-sôdôin-shi. Shiryô-hen*. 8 Bde. Fujisawa 1975–79, insbesondere Bd.4 (1976).

- 2 Das findet häufig dergestalt seinen Niederschlag, daß in den Anmerkungen Glaubwürdigkeit, Aussagekraft oder Stellenwert dieser oder jener Quelle im Vergleich zu anderen klargemacht oder auch die Daten zu bestimmten Ereignissen richtiggestellt werden. Unnötig scharf wirkt dabei allerdings bisweilen die minutiöse Kritik, besonders an Sommers Dissertation; dies um so mehr, als Krebs in seiner Einleitung den Leser bereits hinreichend auf die Problematik dieser Arbeit hinweist. – Daß Krebs auch die relevanten japanischen und westlichen Forschungsergebnisse umfassend in seine Untersuchungen einbezieht, braucht angesichts seiner äußerst gründlichen Arbeitsweise nicht eigens hervorgehoben zu werden.
- 3 Konnten sich zivile und militärische Führung hingegen auf keine gemeinsame Linie einigen, blieb, wie etwa im Falle der Bündnisverhandlungen Japans mit den Achsenmächten Deutschland und Italien 1938–39, die betreffende Angelegenheit gleichsam endlos in der Schwebe.

nicht selten, daß die Partner Japans in Unkenntnis des offiziellen Prozesses japanischer Entscheidungsfindung die daraus erwachsenden Komplikationen als Hinhaltemanöver oder sogar als Unaufrichtigkeit Japans fehlinterpretierten. Zweitens lagen den Kompromißentscheidungen dieser Jahre auf militär- und außenpolitischem Gebiet meistens zwei, realistisch betrachtet, letztlich unvereinbare Konzeptionen zugrunde; so etwa in militärpolitischer Hinsicht seit 1936 die Billigung einer doppelten Stoßrichtung: des Heeres nach Norden gegen die Sowjetunion, der Marine nach Süden gegen die britischen, französischen und niederländischen Kolonien. Auf außenpolitischem Gebiet bestand seit Mitte der dreißiger Jahre das Dilemma der japanischen Führung darin, einerseits eine Vormachtstellung in China erringen, andererseits erträgliche Beziehungen zu den angelsächsischen Mächten aufrechterhalten zu wollen, ehe sie sich um die Mitte des Jahres 1940 darauf verständigte, der siegreichen Beendigung des China-Konfliktes Priorität gegenüber einem Südvorstoß einzuräumen, bei günstiger Situation indessen auch militärische Operationen in Südostasien durchzuführen, was nichts anderes bedeutete, als die Hegemonie Japans auf ganz Südostasien auszuweiten bei gleichzeitiger Vermeidung eines Krieges, insbesondere mit den Vereinigten Staaten.

Mit dieser Zweigleisigkeit des „sowohl ... als auch“ oder „einerseits ... andererseits“, deutlicher Ausdruck der Pattsituation innerhalb der japanischen Führung, engte sie allerdings, wie Krebs eindringlich klarmacht, die eigene Handlungsfreiheit selbst erheblich ein. Die Entscheidung darüber, wann und in welche Richtung Japan weiter militärisch expandieren sollte und welche Außenpolitik dafür am geeignetsten wäre, stand kaum noch in ihrem Belieben, sondern hing im wesentlichen von der internationalen Lage und deren jeweiligen Veränderungen ab.

Gleichwohl redet Krebs keiner mechanischen Außenpolitik Japans das Wort. Auch wenn er den Einfluß äußerer Kräfte für die Formulierung und Durchsetzung der japanischen Außenpolitik, insbesondere gegenüber den Achsenmächten, als bestimmend ansieht, verabsäumt er es indessen keineswegs, der Wechselwirkung zwischen innerer Entwicklung und außenpolitischer Orientierung Japans nachzuspüren. Im Gegenteil! Gerade seine detaillierte Untersuchung und Analyse der Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Machtgruppen in Japan um die Deutschlandpolitik lassen immer wieder deutlich werden, welche innerjapanischen Kräfte mit welchen Intentionen auf sie Einfluß zu nehmen versuchten und welchen dabei aus welchen Gründen Erfolg beschieden war oder nicht.

Insgesamt gesehen, kommt Krebs in seiner Arbeit zu einer Reihe bemerkenswerter Ergebnisse, die sich, wenngleich nicht sämtlich originell im Sinne neugewonnener Erkenntnisse, gleichwohl dank schlüssiger Argumentation zu Recht auf künftige japanologische wie Japan betreffende geschichtswissenschaftliche Arbeiten nachhaltig auswirken dürften:

Erstens läßt sich das in der Japan-Historiographie bislang vorherrschende Bild einer unseligen Allianz zwischen Sonnenbanner und Hakenkreuz, deren gemeinsame, jahrelang betriebene Politik gleichsam zwangsläufig in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten mündete, nicht länger aufrechterhalten. Denn von einer gemeinsamen Politik beider Staaten in den Jahren 1935–41 kann nur sehr bedingt gesprochen werden, zumal ihre Beziehungen in diesem Zeitraum keineswegs ungetrübt und mitunter die Differenzen zwischen beiden in den Zielvorstellungen größer als ihre Gemeinsamkeiten waren, was in dem jahrelangen innerjapanischen Tauziehen um die Deutschlandpolitik seinen Niederschlag fand. Den eigentlichen Wert beider Staaten füreinander charakterisiert Krebs treffend wie folgt:

Unabhängig von den durch spätere Verträge und propagandistisch aufgebauerte Erklärungen betonten gemeinsamen Interessen und Ziele(n) führte das gleichzeitige Bestehen zweier Unruheherde dazu, daß die anderen Mächte keinerlei energische Maßnahmen gegen einen von ihnen unternehmen, aus der Furcht heraus, dabei den anderen aus den Augen zu verlieren. (S.29)

Zweitens ist die bisher gängige Auffassung, die japanische Armee habe den Antikominternpakt mehr oder weniger allein durchgesetzt und die formale Zustimmung des Außenministeriums erzwungen, auf der Grundlage der japanischen Quellen unhaltbar. Ihnen läßt sich nämlich zweifelsfrei entnehmen, daß vielmehr Außenminister Arita eine entscheidende Rolle bei der Entstehung dieses Abkommens spielte, insoweit er, um die von ihm angestrebte Annäherung an Deutschland durchzusetzen, Heer und Marine geschickt gegeneinander ausspielte.

Drittens erfährt die bereits von anderer Seite im Zusammenhang mit der Frage nach der Verantwortung für den Ausbruch und die Ausweitung des China-Konfliktes vorgebrachte Kritik an der Ansicht, die japanische Armee habe in Zusammenarbeit mit zivilen terroristischen Organisationen die Politik in Tôkyô diktiert und Japan unaufhaltsam in den Zweiten Weltkrieg getrieben, durch Krebs' Untersuchungen nicht allein eine Bestätigung, indem er die Verantwortung der zivilen Führung,⁴ vor allem aber die aggressive Rolle der Marine, für die Ausweitung dieses Konfliktes aufzeigt. Vielmehr stützt er die Berechtigung dieser Kritik zusätzlich durch den detaillierten Nachweis, daß die Armee bei den zwischen Frühjahr 1938 und Sommer 1939 geführten Bündnisverhandlungen mit Rom und Berlin nicht in der Lage war, ihr Konzept einer allumfassenden Allianz mit Deutschland und Italien gegenüber Marine, Außenministerium und anderen Machtgruppen durchzudrücken.

Viertens dürfte die Faschismuskussion im Westen, bezogen auf die Frage nach der Anwendbarkeit des Begriffs „Faschismus“ auf das japanische Herrschaftssystem der dreißiger und vierziger Jahre, durch die vorliegende Arbeit neu belebt werden. Zwar wird diese Frage explizit nur auf wenigen Seiten thematisiert, wobei Krebs sich weitgehend mit einer Kritik der bislang gängigen Theorien und Auffassungen⁵ begnügt und die Sinnhaftigkeit der Anwendung des Begriffs „Faschismus“ auf Japan nachdrücklich in Zweifel

4 Zu der diesbezüglichen, des öfteren betonten Verantwortung Ministerpräsident Konoes, an der aufgrund neuerer Forschungsergebnisse nicht mehr ernsthaft gezweifelt werden kann, wären allerdings deutlichere Belege wünschenswert gewesen.

5 Zentral die Kritik an der in der Geschichtsschreibung bislang einflußreichsten japanischen Faschismusdefinition von Maruyama Masao. – Um den Nachweis zu führen, daß es sich bei Tanaka Sôgorôs These vom japanischen Faschismus als der Herrschaft des Finanzkapitals um die „wohl größte Fehlinterpretation“ (S.330) handelt, sind allerdings mehr als die zwei, drei Sätze vonnöten, die Krebs dazu schreibt; dies um so mehr, als „Massenbewegung“ oder „Bewegung von unten“ gerade nicht konstitutiv für diesen Faschismusbegriff sind und die Finanz- und Wirtschaftskreise in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre alles andere als einen „verzweifelten Abwehrkampf gegen den extremen Nationalismus“ (ebd.) führten. Dieses in der Japan-Historiographie weitverbreitete Bild der verzweifelt um ihre Existenz kämpfenden Finanz- und Wirtschaftskreise wird durch die bloße Übernahme von Krebs in seine Arbeit um keinen Deut glaubwürdiger, wohingegen die mitunter in seiner Arbeit anzutreffende Etikettierung dieser Kreise in außenpolitischer Hinsicht als „prowestlich“ und damit „gemäßigt“ um so weniger über deren tatsächliche Stellung und Bedeutung innerhalb des japanischen Macht-

zieht. Aber mit der detaillierten Untersuchung – an ganz anderen Stellen seiner Arbeit und in völlig anderen Zusammenhängen – der ideologischen Positionen und personellen Verflechtungen der „Nipponisten“ oder „Idealistischen Rechten“ (*kannen-uyoku*, *seishin-uyoku*) und der *Kôdô-ha* einerseits, der „Reformistischen Rechten“ (*kakushin-uyoku*) und der *Tôsei-ha* andererseits, sowie der knapper gehaltenen Schilderung des Entwicklungsganges der beiden Bewegungen für eine Einheitspartei *shin-taisei-undô*, *taisei-yokusan-undô*) hat Krebs Material bereitgestellt, das teilweise in westlichen Sprachen bislang nicht vorlag und die Faschismuskonversation im genannten Sinne ohne jeden Zweifel befruchten könnte.

Fünftens weist Krebs überzeugend nach, daß sich die in der Geschichtsschreibung bis heute vorherrschende Auffassung von einer vollständigen Beseitigung des *Kôdô(-ha)*-Einflusses in der Armee und politischen Führung Japans im Anschluß an den gescheiterten Putsch vom Februar 1936 nicht aufrechterhalten läßt; insbesondere dann nicht, wenn man das zivile Pendant der *Kôdô-ha*, die „Nipponisten“ bzw. die „Idealistische Rechte“, hinreichend in Betracht zieht. Dieser Nachweis ist nicht allein für die Faschismusproblematik von erheblichem Belang, sondern, was noch bedeutsamer erscheint, die künftige Geschichtsschreibung über Japan in den Jahren 1936–45, möglicherweise noch darüber hinaus, wird dem gebührend Rechnung tragen müssen.

Sechstens schließlich greift Krebs am Ende seiner Arbeit thesenartig die von der Geschichtsschreibung bislang kaum beachtete Frage der Kontinuität von der konservativen Bewegung der Vorkriegszeit bis hin zur politischen Struktur Japans nach dem Zweiten Weltkrieg auf und weist damit nachdrücklich auf ein für das Verständnis des heutigen Japan wichtiges Thema hin, das nach wie vor einer adäquaten Bearbeitung harret.

Gemessen an der insgesamt hervorragenden Qualität der vorliegenden Arbeit, erscheinen Schwächen, Fehler, Überzeichnungen und dergleichen mehr, die sich vereinzelt in ihr finden, derart trivial, daß sich eine Auseinandersetzung damit an dieser Stelle erübrigt. Ihr wissenschaftlich hohes Niveau macht die Lektüre dieser Arbeit zu einem Muß für jeden – sei er Historiker oder Japanologe –, der sich ernsthaft mit japanischer Zeitgeschichte befaßt, und sollte daher in keinem Handapparat des betreffenden Personenkreises fehlen.⁶

Peter Fischer, Berlin

gefüges aussagt, als zwischen „gemäßigt“ und „extrem“, gemessen an den tatsächlich verfolgten Interessen und Zwecken, damals in Japan häufig nur ein gradueller, wenn überhaupt ein Unterschied bestand. Die Einflußnahme dieser Kreise auf die Politik Japans, auch und gerade auf die Außenpolitik, und damit deren Anteil an der Verantwortung für den Krieg gegen China wie den Pazifischen Krieg nicht hinreichend verdeutlicht zu haben, ist das einzige Manko dieser Arbeit von Belang.

6 Zum entscheidenden Manko der Arbeit s. jedoch die vorhergehende Anmerkung. Schmerzlich vermißt wird außerdem der fehlende Sachindex, durch den die einzelnen Informationen des fortlaufenden Textes wie auch der Anmerkungen hätten erschlossen werden können. Das vorliegende Personenregister ist kein adäquater Ersatz dafür.